



Vorhabenträger:	Ersteller:
	 ILF Beratende Ingenieure GmbH Werner-Eckert-Str. 7 81829 München
	DokumentenzahlNr.: A100-ILF-002207

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt A2 von km 0+000 bis 8+589

Unterlagen nach § 21 NABEG

DECKBLATT II

Teil K01

Voraussetzungen für Baurechtliche Genehmigungen

Anhang 03 – Bauantrag Schleswig Holstein

Unterlage 01 - Sonderbauwerk ElbX – Bauantrag
Schleswig-Holstein

00	28.06.2022	Unterlage nach § 21 NABEG	Gullner	Kerndter	Rieder
01	11.05.2023	Deckblatt II	Gullner	Kerndter	Pfeiffer
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Zutreffendes bitte ankreuzen

Bauherrin/Bauherr TenneT TSO GmbH	PLZ, Ort, Datum 28.06.2022	1. Ausfertigung für die Bauaufsichtsbehörde 2. Ausfertigung für die Gemeinde 3. Ausfertigung für die Bauherrin/den Bauherrn 4. Ausfertigung für die Akte	
<input type="checkbox"/> Bauantrag im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 69 Landesbauordnung (LBO) Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren nach § 69 LBO kommt für die in § 69 Abs. 1 LBO genannten Vorhaben zur Anwendung, wenn die Bauvorlagen - mit Ausnahme der bautechnischen Nachweise - von Entwurfsverfasserinnen oder Entwurfsverfassern nach § 65 Abs. 3 LBO gefertigt sind.		Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde	
<input type="checkbox"/> Genehmigungsfreistellung nach § 68 Landesbauordnung (LBO) Die Genehmigungsfreistellung kommt für Vorhaben nach § 68 Abs. 1 LBO zur Anwendung, wenn sie im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes i.S. des § 30 Abs. 1 oder 2 Baugesetzbuch (BauGB) liegen, die Voraussetzungen nach § 68 Abs. 2 LBO erfüllt sind und die Bauvorlagen von Entwurfsverfasserinnen oder Entwurfsverfassern nach § 65 Abs. 3 LBO gefertigt sind. Die bautechnischen Nachweise müssen von Personen aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes aufgestellt sein.		Bundesnetzagentur (BNetzA)	
<input type="checkbox"/> Bauantrag im Baugenehmigungsverfahren nach § 67 Landesbauordnung (LBO) Das Baugenehmigungsverfahren nach § 67 LBO kommt bei Sonderbauten (§ 51 Abs. 2 LBO), bei bauvorlageberechtigten Personen nach § 65 Abs. 4 LBO und in den Fällen des § 65 Abs. 2 LBO zur Anwendung.		Aktenzeichen der Bauaufsichtsbehörde	
<input type="checkbox"/> Anzeige der Beseitigung von Anlagen nach § 63 Abs. 3 Satz 3 Landesbauordnung (LBO) <input type="checkbox"/> Gebäude der Gebäudeklasse 2 <input type="checkbox"/> sonstige/s nicht freistehende/s Gebäude <input type="checkbox"/> sonstige Anlage/n mit einer Höhe von mehr als 10 m, freistehende/s Gebäude der Gebäudeklasse 4 oder 5 Bei Gebäuden der Gebäudeklasse 2 muss die Standsicherheit von Gebäuden, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, von einer Person aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes bestätigt sein. Bei sonstigen nicht freistehenden Gebäuden muss die Standsicherheit von Gebäuden, an die das zu beseitigende Gebäude angebaut ist, bauaufsichtlich geprüft sein. Das gilt entsprechend, wenn die Beseitigung eines Gebäudes sich auf andere Weise auf die Standsicherheit anderer Gebäude auswirken kann. Den Prüfauftrag hat die untere Bauaufsichtsbehörde zu erteilen. Die für die Beseitigung erforderlichen Bauvorlagen nach § 6 der Bauvorlagenverordnung sind beigelegt.		Eingangsstempel der Gemeinde	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		Aktenzeichen der Gemeinde	
An die Bauaufsichtsbehörde			
Gegenstand des Bauantrages/der Genehmigungsfreistellung/der Anzeige ist das nachstehend beschriebene Bauvorhaben			
I. Baugrundstück			
1. Lage und Größe des Baugrundstücks			
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Kreis			
Grundbuch von	beim Amtsgericht	Band	Blatt
-	-	-	-
Gemarkung(en)	Flur(en)	Flurstück(e)	Grundstücksgröße
-	-	-	m ²
<input type="checkbox"/> Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes nach § 30 Abs. 1, 2 oder 3 BauGB			
Bezeichnung des Bebauungsplanes	Gebiet	Nr.	
	Gebiet liegt außerhalb eines Bebauungsplans	-	
Aufgestellt von	Gemeinde/Stadt		
	-		
2. Bebauung			
<input checked="" type="checkbox"/> Das Grundstück ist nicht bebaut.		Das letzte Vorhaben wurde genehmigt/im Rahmen eines bauaufsichtlichen Verfahrens eingereicht am	
<input type="checkbox"/> Das Grundstück ist bereits bebaut.			
		Datum	Aktenzeichen
		-	-
3. Baulasten			
<input checked="" type="checkbox"/> Im Baulastenverzeichnis ist weder zulasten des Baugrundstücks noch zugunsten des Baugrundstücks auf einem anderen Grundstück eine Baulast eingetragen.			
<input type="checkbox"/> Im Baulastenverzeichnis ist zulasten des Baugrundstücks eine Baulast eingetragen wegen			
<input type="checkbox"/> Übernahme fehlender Abstandflächen		<input type="checkbox"/> Übernahme von Geh-, Fahr- und/oder Leitungsrechten	
		<input type="checkbox"/> Sonstigem	
begünstigtes Grundstück			
Gemarkung	Flur	Flurstück	
-	-	-	

<input type="checkbox"/> Im Baulastenverzeichnis ist zugunsten des Baugrundstücks eine Baulast eingetragen wegen		
<input type="checkbox"/> Übernahme fehlender Abstandflächen	<input type="checkbox"/> Übernahme von Geh-, Fahr- und/oder Leitungsrechten	<input type="checkbox"/> Sonstigem
belastetes Grundstück		
Gemarkung	Flur	Flurstück
-	-	-

II. Bauvorhaben

<input checked="" type="checkbox"/> Errichtung (z. B. Neubau, Wiederaufbau)	<input type="checkbox"/> Nutzungsänderung, die keinen Sonderbau zur Folge hat	<input type="checkbox"/> Änderung (z.B. Umbau, Änderung der Ansicht)
<input type="checkbox"/> Erweiterung	<input type="checkbox"/> Sonderbau nach § 51 Abs. 2 LBO	<input type="checkbox"/> Beseitigung

Nähere Beschreibung des Vorhabens

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist in der mitgelieferten Unterlage 04 "Bau- und Betriebsbeschreibung" zu diesem Bauantrag einzusehen.

Folgende

<input type="checkbox"/> Abweichungen vom Bauordnungsrecht (§ 71 Abs. 1 LBO)	
<input type="checkbox"/> Ausnahmen/Befreiungen nach § 31 BauGB	--

werden beantragt.

Dazugehörige Begründungen (ggf. auf gesondertem Blatt)

--

Hinweis: Im Baugenehmigungsverfahren nach § 67 LBO bedarf es für Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB keines schriftlichen Antrages.

III. Persönliche Angaben

Bauherrin/Bauherr/Antragstellerin/Antragsteller

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer		
TenneT TSO GmbH	Bernecker Str. 70		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax	E-Mail (freiwillig)
95448 Bayreuth	-	-	-

Grundstückseigentümerin/Grundstückseigentümer (nur ausfüllen, wenn nicht mit Bauherrin / Bauherr identisch)

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer		
Siehe Teil D "Rechtserwerbsverz. und Rechtserw.plan"	"Siehe Teil D "Rechtserwerbsverzeichnis und Rechtserwerbsplan"		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax	E-Mail (freiwillig)
-	-	-	-

Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser

Name, Vorname bzw. Firma	Straße, Hausnummer		
Dr.-Ing. Jäppelt, Ulrich	Johannesbollwerk 6-8		
PLZ, Ort	Telefon (mit Vorwahl)	Telefax	E-Mail
20459 Hamburg	04035009-0	-	info@wtm-hh.de

<input checked="" type="checkbox"/> Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 3 LBO	ausreichende Berufshaftpflichtversicherung/ adäquate Haftpflichtversicherung nach § 65 Abs. 6 LBO
Beruf Bauingenieur	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
selbstständig <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Versicherer, Vers.-Nr.
<input type="checkbox"/> Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 4 LBO	selbstständig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Bei einem Unternehmen:	
<input type="checkbox"/> Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 5 LBO i. V. m. § 65 Abs. 3 LBO	<input type="checkbox"/> Bauvorlageberechtigt nach § 65 Abs. 5 LBO i. V. m. § 65 Abs. 4 LBO

Aufstellerin/Aufsteller der bautechnischen Nachweise			
Art der bautechnischen Nachweise [Wird nachgereicht]			
Name, Vorname bzw. Firma [Wird nachgereicht]		Straße, Hausnummer [Wird nachgereicht]	
PLZ, Ort [Wird nachgereicht]	Telefon (mit Vorwahl) -	Telefax -	E-Mail (freiwillig) -
<input type="checkbox"/> Eingetragen in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes		ausreichende Berufshaftpflichtversicherung nach § 70 Abs. 2 Satz 2 LBO <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Beruf [Wird nachgereicht]		selbstständig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Aufstellerin/Aufsteller der bautechnischen Nachweise			
Art der bautechnischen Nachweise [Wird nachgereicht]			
Name, Vorname bzw. Firma [Wird nachgereicht]		Straße, Hausnummer [Wird nachgereicht]	
PLZ, Ort [Wird nachgereicht]	Telefon (mit Vorwahl) -	Telefax -	E-Mail (freiwillig) -
<input type="checkbox"/> Eingetragen in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes		ausreichende Berufshaftpflichtversicherung nach § 70 Abs. 2 Satz 2 LBO <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Beruf [Wird nachgereicht]		selbstständig <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Bauleiterin/Bauleiter			
Mitteilung des Namens der Bauleiterin/des Bauleiters mit Adresse, Telefon (freiwillig)/Telefax (freiwillig), E-Mail-Adresse (freiwillig), Beruf (selbstständig ja/nein) und deren/dessen Unterschrift			
<input type="checkbox"/> ist beigelegt.		<input checked="" type="checkbox"/> wird vor Baubeginn nachgereicht.	
Sachverständige Person bzw. sachverständige Stelle i. S. des § 67 Abs. 3 LBO	Name/Anschrift/ Telefon/Fax	Anerkennung als sachverständige Person bzw. sachverständige Stelle	Art der Bescheinigung
-	-	-	-
IV. Erklärung der Aufstellerin/des Aufstellers der bautechnischen Nachweise und der Fachplanerinnen/Fachplaner (Erklärung im Hinblick auf den Standsicherheitsnachweis auf gesondertem Blatt nach Anlage 2)			
Ich/Wir erkläre/n, dass die von mir/uns gefertigten Nachweise, Bauvorlagen und Gutachten den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen.			
Ort, Datum 28.06.2022	Name -	Unterschrift	
Ort, Datum 28.06.2022	Name -	Unterschrift	
Für den Fall, dass die bautechnischen Nachweise von verschiedenen Personen aufgestellt sind, übernehme ich die Verantwortung für das ordnungsgemäße Ineinandergreifen dieser Nachweise und überwache bei der Bauausführung die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen (§ 70 Abs. 2 Satz 3 und 4 LBO).			
Ort, Datum 28.06.2022	Name -	Unterschrift	
V. Unterschrift der Entwurfsverfasserin/des Entwurfsverfassers nach § 64 Abs. 4 LBO und - soweit erforderlich - Erklärung nach § 68 Abs. 6 bzw. § 69 Abs. 4 LBO			
Ich/Wir erkläre/n als Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser, dass die von mir/uns gefertigten Bauvorlagen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Soweit für das Vorhaben Abweichungen nach § 71 LBO oder Ausnahmen oder Befreiungen nach § 31 BauGB erforderlich sind, sind die entsprechenden Anträge beigelegt.			
Im Fall der Genehmigungsfreistellung erkläre ich, dass die Voraussetzungen des § 68 Abs. 1 und 2 LBO vorliegen.			
Ort, Datum 28.06.2022	Name - Dr.-Ing. U. Jäppelt	Unterschrift Dr.-Ing. U. Jäppelt	
VI. Erklärungen der Bauherrin/des Bauherrn			
Ich erkläre, dass die Angaben nach bestem Wissen gemacht worden sind.			
Für Feuerungsanlagen nach § 43 Abs. 1 LBO werde ich spätestens zehn Werktage vor Baubeginn der Anlagen eine Bescheinigung der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers einholen, aus der hervorgeht, dass sie den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen und die Abgasanlagen, wie Schornsteine, Abgasleitungen und Verbindungsstücke, und die Feuerstätten so aufeinander abgestimmt sind, dass beim bestimmungsgemäßen Betrieb Gefahren oder unzumutbare Belästigungen nicht zu erwarten sind. Über die Fertigstellung der Abgasanlagen, den Anschluss an die Abgasanlagen und die Aufstellung der Feuerstätten werde ich je eine Bescheinigung der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin/des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers einholen. Außerdem erkläre ich, dass die Feuerstätten erst in Betrieb genommen werden, wenn die bevollmächtigte Bezirksschornsteinfegerin/der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die Tauglichkeit und die sichere Benutzbarkeit der Abgasanlagen bescheinigt hat; Verbrennungsmotoren und Blockheizkraftwerke dürfen erst dann in Betrieb genommen werden, wenn sie oder er die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit der Leitungen zur Abführung von Verbrennungsgasen bescheinigt hat (§ 79 Abs. 3 Satz 2 LBO).			

Mir ist bekannt, dass im Fall der Genehmigungsfreistellung unbeschadet anderer öffentlich-rechtlicher Regelungen und privater Rechte mit der Ausführung des Vorhabens einen Monat nach Einreichung der erforderlichen Bauvorlagen und Erklärungen bei der Gemeinde und der Bauaufsichtsbehörde begonnen werden darf, wenn die Bauaufsichtsbehörde den Baubeginn nicht untersagt. Wenn Abweichungen vom Bauordnungsrecht (§ 71 Abs. 1 LBO), Ausnahmen oder Befreiungen nach § 31 BauGB erforderlich sind, darf mit den Bauarbeiten erst begonnen werden, wenn dem schriftlichen Antrag entsprochen wurde.

Im Fall der Genehmigungsfreistellung habe ich zeitgleich mit dieser Einreichung der Bauvorlagen eine weitere Ausfertigung bei der Gemeinde eingereicht. Ich werde, soweit andere Behörden zuständig sind, die für das Vorhaben nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erforderlichen Genehmigungen, Zustimmungen, Bewilligungen und Erlaubnisse vor Baubeginn einholen (§ 68 Abs. 11 LBO).

Mir ist bekannt, dass die Aufstellerinnen oder Aufsteller der bautechnischen Nachweise aus der Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes bei der Bauausführung die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen zu überwachen haben (§ 70 Abs. 2 Satz 4 LBO). Bei baulichen Anlagen nach § 70 Abs. 3 Satz 1 LBO prüft die Prüferin oder der Prüfer den Standsicherheitsnachweis, es sei denn, dieses ist nach Anlage 2 der Bauvorlagenverordnung nicht erforderlich. Den Personen, welche die Bauüberwachung vorzunehmen haben, werde ich den Baubeginn anzeigen und damit die Bauüberwachung veranlassen (§ 54 Abs. 1 Satz 6 LBO).

Den Baubeginn werde ich der Bauaufsichtsbehörde nach § 73 Abs. 8 LBO mindestens eine Woche vorher schriftlich mitteilen (Baubeginnanzeige).

Die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung werde ich der Bauaufsichtsbehörde mindestens zwei Wochen vorher anzeigen (§ 79 Abs. 2 LBO) und dabei vorlegen:

1. Bei Bauvorhaben nach § 70 Abs. 3 Satz 1 LBO eine Bescheinigung der Prüferin/des Prüfers für Standsicherheit über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der Standsicherheit (§ 78 Abs. 2 LBO),
2. bei Bauvorhaben nach § 70 Abs. 2 Satz 1 LBO eine Bescheinigung der Person, die in die Liste nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Architekten- und Ingenieurkammergesetzes eingetragen ist, über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der Standsicherheit (§ 78 Abs. 3 LBO),
3. bei Bauvorhaben nach § 70 Abs. 5 LBO (z.B. Sonderbauten, Mittel- und Großgaragen) eine Bescheinigung der Prüferin oder des Prüfers für Brandschutz oder der durch die Bauaufsichtsbehörde bestimmten Person über die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich des Brandschutzes (§ 78 Abs. 4 LBO),
4. in den Fällen des § 78 Abs. 5 LBO (Gebäude der Gebäudeklasse 4, ausgenommen Sonderbauten sowie Mittel- und Großgaragen) die jeweilige Bestätigung.

VII. Anlagen nach der Bauvorlagenverordnung (BauVorVO)

(Im Genehmigungsfreistellungsverfahren (§ 68 LBO) sind die Bauvorlagen **zeitgleich** bei der Gemeinde und bei der Bauaufsichtsbehörde (je 1-fach) einzureichen, wenn die Gemeinde nicht Bauaufsichtsbehörde ist.)

- ☒ Übersichtsplan im Maßstab 1:2000 oder 1:1000 als Auszug aus der Liegenschaftskarte (§ 3 Nr. 1 BauVorVO)
- ☒ Lageplan im Maßstab nicht kleiner als 1: 500 auf der Grundlage der Liegenschaftskarte (§ 3 Nr. 1 i.V. mit § 7 Abs. 2 BauVorVO)
- ☒ Angaben über die gesicherte Erschließung (§ 3 Nr. 6 BauVorVO)
- ☒ Nachweis der Regelung für notwendige Stellplätze und Garagen, Abstellanlagen für Fahrräder
- ☐ Berechnungen des Maßes der baulichen Nutzung (§ 3 Nr. 7 BauVorVO; §§ 16, 18 bis 21 BauNVO)
- ☒ Bauzeichnungen (§ 8 BauVorVO) Blatt
- ☒ Bau- und Betriebsbeschreibung (§ 9 BauVorVO)
- ☒ Darstellung der Grundstücksentwässerung (§ 7 Abs. 3 Nr. 6 BauVorVO)
- ☐ Erklärung der Aufstellerin oder des Aufstellers der bautechnischen Nachweise auf gesondertem Vordruck
- ☐ Standsicherheitsnachweis (§ 10 BauVorVO)
- ☒ Brandschutznachweis (§ 11 BauVorVO)
- ☐ Nachweis für Wärme-, Schall-, Erschütterungsschutz (§ 12 BauVorVO)
- ☒ Berechnung des umbauten Raumes nach Anlage 3 der Baugebührenverordnung
- ☒ Die prüfpflichtigen bautechnischen Nachweise werden nachgereicht. Mir ist bekannt, dass die geprüften bautechnischen Nachweise im Baugenehmigungsverfahren nach § 67 und § 69 LBO zehn Werktagen vor Baubeginn bei der Bauaufsichtsbehörde vorliegen müssen. (§ 67 Abs. 4, § 69 Abs. 3 LBO).
- ☐ Nachweis im Fall öffentlicher Förderung (erforderlich für die Ermittlung der Baugebühr)
- ☐ Berechnung der anrechenbaren Kosten im Fall von Umbauten und baulichen Anlagen, die keiner der in der Anlage 2 der Baugebührenverordnung aufgeführten Gebäudearten zuzuordnen sind
- ☐ Statistischer Erhebungsbogen

Anlagen für Werbeanlagen (§ 4 BauVorVO)

- ☐ Übersichtsplan im Maßstab 1:1000 mit Einzeichnung des Standortes
- ☐ Zeichnung der Werbeanlage mit Maßen
- ☐ Lichtbild/Lichtbildmontage
- ☐ Nachweis der Standsicherheit, soweit er bauaufsichtlich zu prüfen ist, andernfalls die Erklärung nach § 69 Abs. 4 Satz 2 LBO

Beseitigung von Anlagen (§ 6 BauVorVO)

- ☐ Lageplan im Maßstab 1:500 mit Darstellung der zu beseitigenden Anlage (§ 6 BauVorVO)
- ☐ Bestätigung der Standsicherheit nach § 63 Abs. 3 Satz 5 LBO
- ☐ Standsicherheitsnachweis, soweit eine bauaufsichtliche Prüfung nach § 63 Abs. 3 Satz 6 LBO erforderlich ist

VIII. Hinweise zur Verfahrensumstellung und Genehmigungsfreistellung (§ 68 LBO)

Liegen die Voraussetzungen für das beantragte bauaufsichtliche Verfahren nicht vor, soll die Bauaufsichtsbehörde unter Benachrichtigung der Bauherrin/des Bauherrn das Vorhaben in das jeweils erforderliche bauaufsichtliche Verfahren übernehmen, wenn die Bauherrin/der Bauherr nicht innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Benachrichtigung widerspricht (§ 67 Abs. 8, § 68 Abs. 13, § 69 Abs. 11 LBO). Mit Zugang der Benachrichtigung gilt der Baubeginn nach § 68 Abs. 13 Satz 2 LBO als untersagt. Der Ablauf der Frist von drei Wochen nach Zugang der Benachrichtigung gilt im Fall der Genehmigungsfreistellung als Eingang der Bauvorlagen nach § 69 Abs. 6 LBO.

In der Genehmigungsfreistellung müssen der Bauherrin/dem Bauherrn bei Baubeginn die bautechnischen Nachweise und im Fall der Prüfpflicht der bautechnischen Nachweise (§ 70 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LBO) die geprüften bautechnischen Nachweise vorliegen.

Im Verfahren der Genehmigungsfreistellung (§ 68 LBO) kann die Gemeinde erklären, dass ein vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren durchgeführt werden soll.

Ort, Datum

28.06.2022

Unterschrift der Bauherrin/des Bauherrn

ElbX-Planungsgemeinschaft-TenneT TSO GmbH, i.V. Dr. Stefan Mirschel



Ausweis

Herr	Ulrich Jäppelt
geboren am	12.2.1961
Anschrift	20095 Hamburg

ist aufgrund des Beschlusses des Eintragungsausschusses vom 21.10.2004
in die Liste der von der Prüfung der bautechnischen Nachweise befreiten
Personen gemäß § 9 Abs. 2 Architekten- und Ingenieurkammergesetz
für Schleswig-Holstein unter der Listen-Nr. 1518 eingetragen worden.

Kiel, den 21. Oktober 2004

Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied





WTM ENGINEERS GmbH
Johannisbollwerk 6 - 8
20459 Hamburg

Hamburg, 19. Mai 2021
-/sv

Sehr geehrte Damen und Herren,

gern bestätigen wir Ihnen, dass Sie als selbstständig tätige Ingenieure Pflichtmitglieder der Hamburgischen Ingenieurkammer – Bau sind.

Herr Dr.-Ing. Ulrich Jäppelt wurde durch Beschluss des Eintragungsausschusses am 11.04.2001 unter der Listennummer BI00250 in die Liste der im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen, sowie unter Listennummer BV00324 in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure/innen eingetragen. Seine Mitgliedsnummer ist 000369.

Herr Dr.-Ing. Stefan Ehmann wurde durch Beschluss des Eintragungsausschusses am 03.02.2004 unter der Listennummer BI00298 in die Liste der im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen, sowie unter Listennummer BV00388 in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure/innen eingetragen. Seine Mitgliedsnummer ist 000421.

Herr Dr.-Ing. Alexander Steffens wurde durch Beschluss des Eintragungsausschusses am 08.03.2012 unter der Listennummer BI00417 in die Liste der im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen, sowie am 08.12.2011 unter Listennummer BV00553 in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure/innen eingetragen. Seine Mitgliedsnummer ist 000422.

Herr Dr.-Ing. Thomas Schadow wurde durch Beschluss des Eintragungsausschusses am 23.01.2018 unter der Listennummer BI00619 in die Liste der im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen, sowie am 23.01.2018 unter der Listennummer BV00667 in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragen. Seine Mitgliedsnummer ist 001629.

Herr Dr.-Ing. Gerhard Zehetmaier wurde durch Beschluss des Eintragungsausschusses am 23.01.2018 unter der Listennummer BI00620 in die Liste der im Bauwesen tätigen Beratenden Ingenieure, Fachrichtung Bauingenieurwesen, sowie am 23.01.2018 unter der Listennummer BV00668 in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragen. Seine Mitgliedsnummer ist 003109.

Es ist kein Lösungsverfahren anhängig.

Mit freundlichen Grüßen

Wiebke Sievers
(Sachbearbeiterin/Sekretärin)



Vorläufiger
Eintragungsausschuß

**Herrn
Dr.-Ing. Karl Morgen
Windels Timm Morgen
Jungfernstieg 49
20354 Hamburg**

Der unabhängige Eintragungsausschuß hat Sie durch Beschluß vom 11.08.98 nach den Bestimmungen des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen in der Fassung vom 10. Dezember 1996 unter der

Listen Nr. 6

in die von der Hamburgischen Ingenieurkammer – Bau geführte Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragen. Sie sind nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen Pflichtmitglied der Hamburgischen Ingenieurkammer – Bau.

Ihre Mitgliedsnummer lautet: **6.**

Hamburg, den 1. Oktober 1998

Rector
Vorsitzender
des vorläufigen Eintragungsausschusses

Auszug aus der Verordnung über das Eintrags- und Lösungsverfahren nach dem Hamburgischen Gesetz über das Ingenieurwesen
§ 6 Anzeigepflicht der Ingenieurinnen und Ingenieure

- (1) Übt eine oder ein in die von der Hamburgischen Ingenieurkammer – Bau zu führenden Listen eingetragene Ingenieurin oder eingetragener Ingenieur diesen Beruf nicht mehr aus, wechselt sie oder er die Fachrichtung oder die Beschäftigungsart oder übernimmt sie oder er neben der eigenverantwortlichen und unabhängigen Tätigkeit eine andere Berufstätigkeit, so hat sie oder er dies dem Eintragungsausschuß innerhalb eines Monats mitzuteilen. Das gleiche gilt beim Wechsel des Wohnsitzes, des Ortes der beruflichen Niederlassung oder des Ortes der Berufsausübung.
- (2) Der Anzeige ist die Urkunde über die Eintragung beizufügen.

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Musterbauordnung (MBO) (ARGEBAU)	§ 65 Abs. 3 MBO: - berufsqualifizierender Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau oder des Bauingenieurwesens - zwei Jahre praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden	§ 65 Abs. 2 Nr. 2 MBO: „Bauvorlageberechtigt ist, wer... in die von der Ingenieurkammer geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Land... „	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten (Ja / Nein / §§...)
Baden-Württemberg	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG) in nationales (baden-württembergisches) Recht durch das Artikelgesetz DLR-Gesetz BW (gültig seit 24.12.2009) § 43, Abs. 6: (6) In die Liste der Entwurfsverfasser ist auf Antrag von der Ingenieurkammer Baden-Württemberg einzutragen, wer 1.) einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. EG Nr. L 255 S. 22) oder des Bauingenieurwesens nachweist und 2) danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist.	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 2006/123/EG) in nationales (baden-württembergisches) Recht durch das Artikelgesetz DLR-Gesetz BW (gültig seit 24.12.2009): § 43, Abs. 3: Für die Errichtung von Gebäuden, die der Baugenehmigung oder der Kenntnissgabe bedürfen, darf als Entwurfsverfasser für die Bauvorlagen nur bestellt werden, wer - in die von der Ingenieurkammer Baden-Württemberg geführte Liste der Entwurfsverfasser der Fachrichtung Bauingenieurwesen eingetragen ist. Eintragungen anderer Länder gelten auch im Land Baden-Württemberg.	Nein
Bayern	"Eintragungsvoraussetzung nach Art. 61 Abs. 5 BayBO: - Studium des Bauingenieurwesens, Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur - zwei Jahre praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden "	"Art. 61 Abs. 2 Nr. 2 BayBO: „Bauvorlageberechtigt ist, wer... in die von der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Freistaat Bayern ""	Nein
Berlin	§ 66 (3) 1. aufgrund eines berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses eines Studiums des Bauingenieurwesens die Berufsbezeichnung "Ingenieurin" oder "Ingenieur" zu führen berechtigt ist und 2. nach dem Hochschulabschluss mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Gebäudeplanung praktisch tätig gewesen ist;	§ 66 (2) 2. in die von der Baukammer Berlin geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Land Berlin,	Ja § 41ABKG

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Brandenburg	<p>§ 48 Abs. 4 BbgBO:</p> <p>Bauvorlagen für die Errichtung und Änderung von Gebäuden müssen von einem Objektplaner erstellt sein, der bauvorlageberechtigt ist.</p> <p>Bauvorlageberechtigt ist, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1.einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines geregelten Studiums in der Fachrichtung Architektur, Hochbau oder Bauingenieurwesen nachweist, 2.danach mindestens zwei Jahre Berufserfahrung in der Objektplanung von Gebäuden hat, 3.über ausreichende Kenntnisse des öffentlichen Baurechts, insbesondere des Bauordnungs-, Bauprodukten- und Bauplanungsrechts, verfügt und 4.bei einer Kammer als bauvorlageberechtigter Architekt oder bauvorlageberechtigter Ingenieur eingetragen ist. <p>Die Anforderungen des Satzes 2 Nr. 3 gelten als erfüllt, wenn im Rahmen des Studiums entsprechende Lehrveranstaltungen zur Vermittlung der Rechtsgrundlagen oder im Anschluss an das Studium vergleichbare Fortbildungsveranstaltungen besucht wurden. Personen, die ihre Berufsqualifikation nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes erworben haben, sind bauvorlageberechtigt, wenn ihre Berufsqualifikation nach den dafür geltenden Bestimmungen als gleichwertig anerkannt ist.</p>	<p>§ 48 Abs. 5 Satz 1 BbgBO:</p> <p>Der Nachweis der Bauvorlageberechtigung wird durch Vorlage einer Urkunde oder Bescheinigung einer Architekten- oder Ingenieurkammer eines Landes geführt.</p>	<p>Ja</p> <p>§ 13 Abs. 3 BbgIngG</p>

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Hansestadt Bremen	<p>§ 13 Abs. 2 BremIngG:</p> <ul style="list-style-type: none"> - berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Bauingenieurwesen oder Hochbau (Artikel 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG) - 2. mindestens zwei Jahre eine praktische Tätigkeit in den genannten Fachrichtungen auf dem Gebiet der Entwurfsplanung 	<p>§ 13 Abs. 2 Satz 2 BremIngG:</p> <p>Eintragungen in die Liste der Bauvorlageberechtigten bei der Ingenieurkammer eines anderen Bundeslandes gelten auch im Land Bremen.</p>	<p>Ja</p> <p>§ 15 Abs. 1 Nr. 4 BremIngG</p> <p>Der Ingenieurkammer gehören als Pflichtmitglieder an 4. alle nach § 13 Abs. 2 in die Liste der Bauvorlageberechtigten (...) Eingetragenen, soweit sie im Lande Bremen einen Wohnsitz, eine berufliche Niederlassung oder einen Dienst- oder Beschäftigungsort haben.</p>
Hansestadt Hamburg	<p>"§ 15 Abs. 2 HmbIngG: In die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieurinnen und der bauvorlageberechtigten Ingenieure sind auf Antrag Personen einzutragen, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in der Freien und Hansestadt Hamburg einen Wohnsitz, eine berufliche Niederlassung oder einen Dienst- und Beschäftigungsort haben und 2. als Angehörige der Fachrichtung des Bauingenieurwesens aufgrund des § 1 und § 2 berechtigt sind, die Berufsbezeichnung «Ingenieurin» oder «Ingenieur» zu führen, wobei das Studium nach § 1 Nummer 1 Buchstabe a mindestens sechs theoretische Semester umfassen muss und 3. eine praktische Tätigkeit als Ingenieurin oder Ingenieur in der genannten Fachrichtung mindestens drei Jahre vor dem Eintragungsantrag ausgeübt und die für die Berufsausübung als bauvorlageberechtigte Ingenieurin oder Ingenieur erforderlichen Fortbildungsmaßnahmen nach Maßgabe der Fortbildungssatzung absolviert haben. " 	<p>§ 67 Abs. 2 Nr. 2 HBauO: Bauvorlageberechtigt ist, wer (...) in der Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieurinnen und bauvorlageberechtigten Ingenieure nach § 15 des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen(...) oder in der entsprechenden Liste eines anderen Bundeslandes eingetragen ist oder (...)</p>	<p>Ja</p> <p>§ 16 Abs. 2 Nr. 2 HmbIngG</p>

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Hessen	<p>§ 10 HInG: 1) 1In das Berufsverzeichnis bauvorlageberechtigter Ingenieurinnen und Ingenieure ist vorbehaltlich des § 20 auf Antrag einzutragen, wer</p> <p>1. berechtigt ist, die Berufsbezeichnung "Ingenieurin" oder "Ingenieur" nach § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Nr. 2 und Abs. 2 bis 3 zu führen,</p> <p>2. als Bauingenieurin oder Bauingenieur nach Sachkunde und Erfahrung für die Vorbereitung eines Bauvorhabens nach § 49 Abs. 3 Satz 1 der Hessischen Bauordnung in der Fassung vom 15. Januar 2011 (GVBl. I S. 46, 180), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622),</p> <p>a) die Eignung durch eine unter fachkundiger Aufsicht einer bauvorlageberechtigten Person oder Gesellschaft erbrachte Berufspraxis auf dem Gebiet der Objektplanung von Gebäuden und ihrer Ausführung in Vollzeitbeschäftigung von zwei Jahren oder entsprechender Teilzeitbeschäftigung mit einer Baustellenpraxis von mindestens sechs Monaten sowie durch die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen nachweist oder</p> <p>b) aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Union gleichgestellten anderen Staat kommend einen nach dem Recht der Europäischen Union entsprechenden Nachweis erbringt,</p> <p>3. eine berufliche Niederlassung oder Anstellung im Geschäftsbereich der Ingenieurkammer Hessen oder hier die Hauptwohnung hat,</p> <p>4. erklärt, dass ihm keine Gründe für eine Versagung der Eintragung nach § 20 bekannt sind,</p> <p>5. eine nach Maßgabe ausreichende Versicherung gegen Haftpflichtansprüche, die aus der Berufsausübung herrühren können, hat und</p> <p>6. weitere nach § 19 im Einzelnen geforderte Nachweise und</p>	<p>§ 19 Abs 9 IngKammG</p> <p>1 Bauingenieurinnen oder Bauingenieuren, die im Lande Hessen weder eine berufliche Niederlassung unterhalten noch eine Anstellung, noch einen Wohnsitz haben und nicht in der Liste bauvorlageberechtigter Ingenieure eingetragen werden wollen, stellt die Ingenieurkammer beim Vorliegen der Eintragungsvoraussetzungen auf Antrag einmalig einen Nachweis über deren Bauvorlageberechtigung für ein bestimmtes Bauvorhaben im Lande Hessen aus.</p> <p>2 Der Nachweis ist auszustellen, wenn ein vergleichbarer Nachweis nach dem Recht eines anderen Bundeslandes oder Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines nach Europäischem Gemeinschaftsrecht gleichgestellten anderen Staates vorgelegt oder die Befähigung anderweitig nachgewiesen wird.</p>	<p>Ja</p> <p>§ 19 Abs 9 IngKammG</p> <p>1 Bauingenieurinnen oder Bauingenieuren, die im Lande Hessen weder eine berufliche Niederlassung unterhalten noch eine Anstellung, noch einen Wohnsitz haben und nicht in der Liste bauvorlageberechtigter Ingenieure eingetragen werden wollen, stellt die Ingenieurkammer beim Vorliegen der Eintragungsvoraussetzungen auf Antrag einmalig einen Nachweis über deren Bauvorlageberechtigung für ein bestimmtes Bauvorhaben im Lande Hessen aus.</p> <p>2 Der Nachweis ist auszustellen, wenn ein vergleichbarer Nachweis nach dem Recht eines anderen Bundeslandes oder Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines nach Europäischem Gemeinschaftsrecht gleichgestellten anderen Staates vorgelegt oder die Befähigung anderweitig nachgewiesen wird.</p>
Mecklenburg-Vorpommern	<p>§ 65 Abs. 3 LBauO M-V: - berufsqualifizierender Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau oder des Bauingenieurwesens; danach mindestens 2 Jahre praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden</p>	<p>§ 65 Abs. 2 Nr. 2 LBauO M-V: Bauvorlageberechtigt ist, wer ... in die von der Ingenieurkammer M-V geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch in M-V</p>	<p>Ja</p> <p>In die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragene Personen sind Pflichtmitglieder der Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern. (§ 15 Abs. 2 Satz 2 Architekten- und Ingenieurgesetz Mecklenburg-Vorpommern)</p>

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Niedersachsen	Voraussetzungen gem. § 10 NIngG i.d.F. vom 12.12.2012 (Nds. GVBl. S. 591) - Führen der Berufsbezeichnung Ingenieur aufgrund eines Studiums in der Fachrichtung Bauwesen - danach mindestens zwei Jahre praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Objektplanung von Gebäuden	§ 53 NBauO (vom 03.04.2012, in Kraft seit 1.11.2012) Bauvorlageberechtigt ist, wer ... 3. in die von der Ingenieurkammer Niedersachsen geführte Liste der Entwurfsverfasserinnen und Entwurfsverfasser oder in ein entsprechendes Verzeichnis in einem anderen Land eingetragen ist	Nein
Nordrhein-Westfalen	§ 67 Abs. 4 BauO NRW v. 21.07.2018 1. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Bauingenieurwesen nachweist, 2. danach mindestens zwei Jahre in der Planung und Überwachung der Ausführung von Gebäuden praktisch tätig war und 3. über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, die bei Bedarf in geeigneter Weise nachzuweisen sind.	§ 67 Abs. 3 Nr. 2 BauO NRW: Bauvorlageberechtigt ist, wer 2. als Mitglied einer Ingenieurkammer in die von der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Land Nordrhein-Westfalen, soweit diese an die Mitgliedschaft in einer Ingenieurkammer geknüpft sind,	Ja § 67 Abs. 3 Nr. 2 BauO NRW
Rheinland-Pfalz	§ 64 Abs. 2 (seit 27.10.2009): Bauvorlageberechtigt ist, wer in einer von der Ingenieurkammer zu führenden Liste eingetragen ist; in die Liste ist einzutragen, wer aufgrund des Ingenieurgesetzes als Absolventin oder Absolvent des Fachbereichs Bauingenieurwesen die Berufsbezeichnung Ingenieurin oder Ingenieur zu führen berechtigt ist und danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Objektplanung von Gebäuden tätig war. die Eintragung in eine vergleichbare Liste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland gilt auch in Rheinland-Pfalz	§ 64 Abs. 2 Nr. 2 die Eintragung in eine vergleichbare Liste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland gilt auch in Rheinland-Pfalz	Ja Pflichtmitgliedschaft gem. § 16 Abs. 2 Nr. 2 IngKaG
Saarland	§ 28 Abs. 1 SAIG (Amtsblatt v. 16.09.2011) - berufsqualifizierender Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau oder Bauingenieurwesen - danach mindestens zwei Jahre praktische Tätigkeit in der Entwurfsplanung von Gebäuden	§ 66 Abs. 2 Nr. 2 LBO: "Bauvorlageberechtigt ist, wer ... in die Liste der Bauvorlageberechtigten nach § 28 des Saarländischen Architekten- und Ingenieurkammergesetzes oder in die entsprechende Liste eines anderen Landes eingetragen ist. "	Ja § 32 Abs. 1 Nr. 2 SAIG

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
Sachsen	§ 65 (3) SächsBO In die Liste der Bauvorlageberechtigten ist auf Antrag von der Ingenieurkammer Sachsen einzutragen, wer 1. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau oder des Bauingenieurwesens nachweist und 2. danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist.	§ 65 (2) SächsBO Bauvorlageberechtigt ist, wer 1. die Berufsbezeichnung ‚Architekt‘ führen darf, 2. in die von der Ingenieurkammer Sachsen geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch im Freistaat Sachsen,	Nein
Sachsen-Anhalt	§64 Abs. 3 BauO S-A In die Liste der Bauvorlageberechtigten nach Absatz 2 Nr. 2 ist auf Antrag von der Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt einzutragen, wer 1. aufgrund eines berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses eines Studiums der Fachrichtung des Bauingenieurwesens die Berufsbezeichnung "Ingenieur" oder "Ingenieurin" führen darf oder einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau nachweist und 2. danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist.	§ 64 Abs. 2 Nr. 2 Bauvorlageberechtigt ist, wer 2. in die von der Ingenieurkammer Sachsen-Anhalt geführte Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure eingetragen ist; Eintragungen in anderen Bundesländern gelten auch im Land Sachsen-Anhalt	Ja § 18 Abs. 2 IngG LSA
Schleswig-Holstein	seit 10.08.2007: § 9 Abs. 1 ArchIngKG - Hochschulstudium der Fachrichtung Bauingenieurwesen, entweder vierjähriges Regelstudium + zwei Jahre berufspraktische Tätigkeit, oder dreijähriges Studium + vier Jahre berufspraktische Tätigkeit	seit 10.08.2007: § 9a Abs. 1 ArchIngKG - "... als bauvorlageberechtigter Ingenieur darf tätig sein, wenn sie oder er in die Liste der bauvorlageberechtigten Ingenieure/innen eines anderen Bundeslandes eingetragen ist... "	Nein
Thüringen	§ 65 Abs. 3 ThürBO (novelliert, gültig ab 28.12.2009) 1. einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss eines Studiums der Fachrichtung Hochbau (Art. 49 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG des europ. Parlaments und des Rates vom 7.Sept. 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen - ABI.EU Nr. L 255 S. 22-) oder Bauingenieurwesen nachweist und 2. danach mindestens zwei Jahre auf dem Gebiet der Entwurfsplanung von Gebäuden praktisch tätig gewesen ist.	§ 65 Abs. 2 Nr. 2 ThürBauO Bauvorlageberechtigt ist, wer: 2. in die von der Ingenieurkammer Thüringen geführte Liste der Bauvorlageberechtigten eingetragen ist; Eintragungen anderer Länder gelten auch in Thüringen	Ja § 15 Abs. 1 ThürAIKG

Bauvorlageberechtigung - gegenseitige Anerkennung

Stand: Juli 2019

Bundesland	Bauvorlageberechtigung	Anerkennung	Kammermitgliedschaft des Bauvorlageberechtigten
------------	------------------------	-------------	--

Bundesingenieurkammer/
Markus Balkow / Juni 2019